

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 13 (1933-1934)
Heft: 11

Artikel: Kriseninitiative und Plan der Arbeit
Autor: Spühler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331839>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das hat andererseits auch zur Folge, daß der Anreiz zur Produktionssteigerung wächst und damit die Absatzschwierigkeiten steigen. Die Experten schlagen daher vor, wenigstens für gewisse Unterstützungsaktionen, wie die für die Milch, ferner bei der Getreideübernahme und der Hilfsaktion für die Förderung des Viehexportes, die Subventionen per Produkteneinheit um so größer werden zu lassen, je geringer die Ablieferung pro Betrieb ist. Umgekehrt soll bei steigender Ablieferungsmenge die Subvention per Einheit so herabgesetzt werden, daß nur noch die Deckung der beim Verkauf nicht hereingebrachten effektiven Produktionskosten erzielt wird. Wobei man aber wohl Sicherheitsmaßnahmen vorkehren müssen, um dieses System nicht zur Förderung schlechter Wirtschaft entarten zu lassen.

Alles in allem: der Bericht ist eine unentbehrliche Waffe im Kampf um die Durchführung eines der wichtigsten unmittelbaren Programmpunkte von Partei und Gewerkschaft, nämlich der Arbeitsbeschaffung. Er enthält eine solche Fülle wertvoller Anregungen, daß keiner der umfassenden Pläne einer Neugestaltung der schweizerischen Wirtschaftspolitik daran vorbeigehen kann. Darüber hinaus ist er ein Bekenntnis zu einer Organisation der Wirtschaft durch demokratische Einsicht, das um so wertvoller ist, als er nicht aus theoretischen oder weltanschaulichen Grundsätzen hervorgeht, sondern aus der lebendigen Praxis. Es ist verständlich, daß die Kapitalistenpresse kein Interesse hat, auf den Bericht besonders hinzuweisen. Um so wichtiger ist es daher, daß wir alles tun, um die aufklärenden Tatsachen in das Volk hinauszutragen, um der Arbeitsbeschaffung unter der Parole »Arbeit für 50,000 Arbeitslose« Bahn zu brechen.

Kriseninitiative und Plan der Arbeit

Von Dr. Willy Spühler.

Die Unterschriftensammlung für die »Initiative zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Krise und Not« ist in vollem Gang. Bereits werden Rekordzahlen aus industriellen und ländlichen Gemeinden gemeldet. Der Gegner beginnt sich zu sammeln. Er erkennt, worum es geht: um den Kampf gegen die großkapitalistische Wirtschaftspolitik, die auf die Senkung des Arbeitseinkommens und die Erhöhung des Kapitalprofits abzielt. Der Widerstand wird deshalb ein erbitterter sein.

Die Initiative will die Beseitigung der Wirtschaftskrise in der Schweiz. Auch die Maßnahmen des Bundesrates und die sogenannte »Deflationspolitik« des Großkapitals geben an, dasselbe Ziel zu verfolgen. Die Initiative setzt sich zu dieser Wirtschaftspolitik der heute Regierenden bewußt in Gegensatz. Denn sie tritt ein für einen allgemeinen Lohn- und Preisschutz, für eine Entlastung überschuldeter Betriebe in Landwirtschaft und Kleingewerbe, für ausreichende Ar-

beitslosenunterstützung. Sie verlangt vor allem aber planmäßige Arbeitsbeschaffung im Inland und planmäßige Ausnützung der Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland zur Entfaltung des Exportes und des Fremdenverkehrs. Bewußt stellt die Initiative einen bloßen Katalog von wesentlichen Hauptforderungen auf und überläßt alle Detaillierung der Gesetzgebung. Den Vorstellungen über die Durchführung der postulierten Grundsätze scheint damit ein weiter Raum gelassen zu sein.

Doch wer sich die Mühe nimmt, diese zu überdenken, dem kann nicht entgehen, daß eine befriedigende Verwirklichung an wesentliche bisherige Wirtschaftsprinzipien rührt und *auf eine eigentliche Umgestaltung der wirtschaftlichen Ordnung hinausläuft*. Umfassender Lohn- und Preisschutz ist die Verneinung der freien Konkurrenz. Insbesondere die Preisgarantie erheischt eingreifende Maßnahmen und Bindungen, die den Charakter der Improvisation und Willkür haben, wenn sie nicht die Betriebe einer planvollen kollektiven Ordnung unterstellen. Auch Arbeitsbeschaffung und Entschuldung bäuerlicher und gewerblicher Betriebe sind nicht bloße Finanzfragen, wenn wirklich Wert darauf gelegt wird, nicht nur Geld zu verteilen, sondern produktive Arbeitsgelegenheiten zu beschaffen und notleidende Betriebe planmäßig zu sanieren und vor neuer Ueberschuldung zu bewahren. Vollends die Ausnützung der Kaufkraft und Kapitalkraft im Dienste des Exportes und die Regulierung des Kapitalmarktes sind erfolgreich nur denkbar, wenn der gesamte Außenhandel in der Hand des Bundes national zusammengefaßt wird — sei es durch staatliche Handelsmonopole oder durch zentrale Einfuhrgenossenschaften — und wenn der Staat die Kontrolle über die Emission von Anleihen, über den Kapitalexport und die ganze Kreditpolitik ausüben kann. Daß eine solche Kontrolle um weitreichende Eingriffe in die bestehende rein privatwirtschaftliche Organisation des Kreditwesens nicht herumkommt, ist offensichtlich.

Wer glaubt, die in der Initiative formulierten Forderungen ohne einen eigentlichen Umbau der Wirtschaftsordnung verwirklichen zu können, der hängt einer trügerischen *Illusion* nach — einer reformistischen Illusion insofern als die Tragweite jener Forderungen über Reformen hinausreicht, die im gegenwärtigen kapitalistischen System durchführbar sind. Die Gewährung eines Lohnschutzes bei sinkendem Profit muß letzten Endes das heutige Wirtschaftssystem in Frage stellen — oder aber eine papierne Garantie bleiben. Wer das eine will, muß auch das andere wollen. Da gibt es kein Entrinnen. In der heutigen Situation kann man nicht einfach für die Arbeiter und Angestellten einen größern Anteil am Sozialprodukt beanspruchen und im übrigen alles beim alten lassen.

Aus dieser Ueberlegung heraus ist der »*Plan der Arbeit*« entstanden, der vom Verband des Personals öffentlicher Dienste an seinem Verbandstag in Lausanne Anfang Juni beschlossen worden ist und nun der schweizerischen Arbeiterbewegung unterbreitet wird. Partei und Gewerkschaftsbund werden dazu in allernächster Zeit definitiv

Stellung beziehen müssen. Was die Kriseninitiative will, das will auch der »Plan der Arbeit«. Aber er will noch einiges mehr, er will vor allem Klarheit schaffen, wo die ökonomische Lösung der Probleme zu suchen ist, die auch von der Kriseninitiative gestellt werden. Insofern ist der »Plan der Arbeit« eine Erweiterung der Kriseninitiative, auch wenn beide ganz unabhängig voneinander entstanden sind. Damit ist nicht gemeint eine Erweiterung bloß im Sinne eines längern Kataloges von Forderungen, als sie die Initiative aufstellt, sondern als Wegweisung der von der Initiative gesteckten Ziele. Während diese lediglich einen Ausschnitt oder, genauer gesagt, einige Punkte eines Krisenprogramms darstellt, erweitert sich das Bild durch den »Plan der Arbeit« zu einer Gesamtschau sozialistischer Krisenbekämpfung in der Schweiz. Der Plan ist so wirklichkeitsnah und so unmittelbar in Ziel und Realisierbarkeit wie die Initiative. Er ist keine Neuauflage eines sozialistischen Idealprogramms. Er ist ein *Aktionsprogramm* von brennender Aktualität.

Das ist vom Gegner rasch erkannt worden. In verschiedenen größern bürgerlichen Tageszeitungen hat der Plan eine eingehende Würdigung gefunden. Die »Thurgauer Zeitung« schreibt: »So wird der »Plan der Arbeit« sehr wahrscheinlich ein Zugstück erster Güte der sozialistischen Propaganda werden. Man wird sich überlegen müssen, wie verhütet werden könne, daß das Schweizervolk eines schönen Tages in die helle Flamme hineinrennt.« Die »Schweizerische Arbeitgeberzeitung« widmet ihre ganze Nummer vom 23. Juni dem Plan, den sie ohne Kürzung abdruckt.

Der »Plan der Arbeit« greift an die Wurzel der heutigen Krise, indem er die Beseitigung der Planlosigkeit, des Partikularismus in der Wirtschaft bezweckt. Sinnvolle Planmäßigkeit und Ueberlegung sollen auch in der Führung der Wirtschaft einkehren und die planlose monopolistische »Organisierung« ablösen. Verstaatlichung des Kreditwesens, staatliche Organisation des Außenhandels und verbandsmäßige Organisation der Industrie sind deshalb die Grundpfeiler des vom Plan vorgesehenen Umbaues der Wirtschaft.

Die Forderungen der Initiative finden sich auch im »Plan der Arbeit«. Nur daß sich dieser nicht damit begnügt, die Forderung zu erheben, er gibt gleich auch Auskunft über die Möglichkeiten der Lösung. Die Initiative verhält sich zum Plan wie das Eisenskelett eines Hauses zum vollendeten Gebäude. Was in der Initiative nur Andeutung, ist im Plan Vollendung. So wird die Initiative der eigentliche *Auftakt zum Kampf um den Plan*. Darin liegt ein tiefer politischer Sinn. Durch ihren Inhalt richtet sich die Initiative an alle von Krisennot bedrückten werktätigen Schichten des Volkes, an die Arbeiter und Angestellten, an die Kleinbauern und Handwerker. Alte erstarrte Fronten beginnen zu wanken, neue sich zu bilden. Der politische Graben zieht sich mitten durch Gebiete, die sonst geschlossen gegen die Arbeiterschaft stimmten. Es vollzieht sich hüben und drüben ein Prozeß der Auflockerung des geistigen Erdreichs, das dem Samen einer neuen Arbeiter- und Bauernpolitik fruchtbare Aufnahme ge-

währt. Damit wird eine Entwicklung eingeleitet, die eine wesentliche Voraussetzung des Erfolges des »Plans der Arbeit« bedeutet. Wer für die Kriseninitiative gewonnen und von der Notwendigkeit ihrer Forderungen überzeugt ist, kann den Plan nicht einfach in Bausch und Bogen verwerfen. Das wäre ein Widerspruch.

Die Initiative leitet eine neue politische Markierung ein, die von der Propaganda für den Plan zu festigen ist. Eine umfassende Durchführung der Initiativforderungen im einzelnen ist ohne eine gründliche Kräfteverschiebung in Parlament und Exekutive nicht vorzustellen. Die rein wirtschaftliche Fragestellung mündet damit auch in politische Auseinandersetzungen aus. Sie setzen ein mit der Kriseninitiative und werden gesteigert im Kampf um den »Plan der Arbeit«. Dieser wird unsere Plattform sein im Meinungsstreit um die kommende Verfassungsrevision. Er wappnet uns mit klaren und allseitigen Vorstellungen über die nötige Umgestaltung der Wirtschaft des Landes, die um so schärfer ins Licht treten, als die verschiedenen Bewegungen zur Totalrevision der Verfassung nur in ihrer geistigen Inhaltlosigkeit Gemeinsames haben.

Die Kriseninitiative liegt auf dem Wege zum »Plan der Arbeit«. Wer für sie eintritt, muß auch den Plan wollen. Und wer sich für den Plan einsetzt, kann die Initiative nicht ablehnen.

Abbau der Demokratie

Von Dr. Arthur Schmid.

I.

In jahrhundertelangen Kämpfen hat das Schweizervolk um Freiheitsrechte gerungen. Generationen haben dafür ihr Bestes gegeben. Aber nicht nur in der Schweiz, sondern auch in andern Ländern war das so. Freiheitsliebende Menschen wanderten aus England aus und gründeten Kolonien jenseits des Atlantischen Ozeans. In Amerika wurden die Freiheitsrechte geboren. In Europa fanden sie ihre begeisterten Anhänger. Die Französische Revolution kämpfte für Demokratie, für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Im 19. Jahrhundert sind bei uns *in der Schweiz die demokratischen Volksrechte in der Verfassung und den Gesetzen verankert* worden. Der junge freiheitsdurstige und mit großen Menschheitsidealen erfüllte Freisinn hat das werktätige Volk von damals vorwärts geführt, einer neuen, freiheitlich gesinnten Zeitepoche entgegen.

Auf wirtschaftlichem Gebiete hat die kapitalistische Entwicklung verhindert, daß demokratische Formen geschaffen wurden. Die Kinder und Kindeskinde freisinniger Freiheitskämpfer sind wohlhabende und satte Bourgeois geworden. Die Freiheitsrechte und die Ideale der jungen liberalistischen Bewegung gerieten in *Vergessenheit*. Reingewinn und erfolgreiche Geschäftstätigkeit traten an ihre Stelle. Hatte man die Abhängigkeit vom feudalen Grundherrschaft gelöst, so geriet das Volk je